

QUE 2024 SOIT VERTE ET SOCIALE

## AUF EIN GRÜNES 2024

Das Jahr 2023 war leider von vielen Ereignissen geprägt, die einer gerechteren, offeneren und klimafreundlicheren Gesellschaft entgegengewirkt haben. Dank eurer Ausdauer und eurem Engagement für die GRÜNEN sind wir aber bestens dafür ausgerüstet, um den Kanton Bern im 2024 grüner, solidarischer und solarer zu machen.

Für uns GRÜNE Kanton Bern wird 2024 ein wichtiges Jahr. In vielen Gemeinden werden die Exekutiven und die Parlamente für die nächste Legislatur gewählt. Ein guter Moment, daran zu erinnern, was wir GRÜNE auf Gemeindeebene alles geleistet haben: stolz sein, auf das Erreichte, und noch fokussierter auf das, was wir noch erreichen wollen.

Der Kanton Bern ist noch immer bürgerlich geprägt. 2020 ist es in verschiedenen Gemeinden gelungen, grüne Gemeinderatssitze zu erobern. So in Hilterfingen, Seedorf, Bolligen, Biel, Heimberg, La Neuveville, um nur einige zu nennen. Dies zeigt: der Kanton grünt langsam, aber stetig. Bestes Beispiel aus aktuellem Anlass: Bremgarten hat im Dezember 2023 seine Gemeinderät\*innen gewählt, und unserer grüne Gemeinderätin Brigit Baumberger wurde bravourös wiedergewählt. Aber nicht nur das! Dank dem Zusammenspannen mit der SP ist die einstige FDP-Hochburg neu links, und mit nur drei Stimmen mehr, hätte es für einen zweiten grünen Sitz gereicht. Das beschwingt und macht Mut.

### L'année du solaire bernois

Toutes nos sections pourront compter sur de nombreuses actualités politiques liées aux engagements des VERT-E-S afin d'assurer une forte mobilisation. Grâce au débat constructif sur notre Initiative solaire, nous pouvons accélérer la transition énergétique et faire de notre canton un exemple à suivre. La première lecture de l'initiative et du contre-projet aura lieu lors de la session de printemps du Grand Conseil. La deuxième lecture est prévue en juin. Le vote sur l'initiative aura lieu, le cas échéant, à la fin de cette année.

Mais ce n'est pas tout ! Le référendum national contre le développement des autoroutes doit nous permettre de sauver de nombreux hectares de terres agricoles ou naturelles en

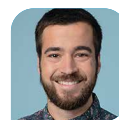


Standaktionen für die Wahlkampagne wird es dieses Jahr wohl in vielen Gemeinden geben. Im Bild: Dorfmarkt in Münsingen.

orientant ces investissements vers une mobilité moderne. Il est également grand temps d'agir pour la préservation de notre source de vie grâce à l'Initiative biodiversité. Enfin, la votation fédérale du 3 mars prochain est l'occasion idéale de permettre à nos ainé-e-s de vivre dignement grâce à une 13e rente AVS.

Ces problématiques sont diverses et variées mais tant nos élu-e-s communaux que nationaux sont en mesure d'y répondre. Car comme pour le réchauffement climatique, ce n'est pas en repoussant les problèmes qu'on les résout, mais en ayant le courage de prendre des mesures concrètes et cela est inscrit dans l'ADN des VERT-E-S.

Dans cette optique, et avec la certitude d'avoir tous les moyens pour y parvenir, nous vous souhaitons, et à nous les VERT-E-S, une année pleine de succès.



Cyprien Louis,  
Co-Präsident  
GRÜNE Kanton Bern



Brigitte Hilty Haller,  
Co-Präsidentin  
GRÜNE Kanton Bern

## MIETER\*INNEN UNTER DRUCK

MIT INITIATIVEN UND REFERENDEN  
FÜR EIN BESSERES MIETRECHT

Anna de Quervain,  
Grossrätin, Vorstands-  
mitglied Mieterinnen-  
und Mieterverband  
Kanton Bern

**Wohnungsmangel, Inflation, steigender Referenzzinssatz und explodierende Nebenkosten: Das Mietrecht ist seit längerer Zeit unter Druck und für viele Mieter\*innen wird es immer schwieriger, die Miete zu bezahlen oder eine bezahlbare Wohnung zu finden. Doch anstatt endlich wirksame Gegenmassnahmen zu treffen, höhlt die bürgerliche Politik die Rechte von Mieter\*innen weiter aus.**

Allein in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat das nationale Parlament verschiedene Beschlüsse gefasst, welche die Rechte der Mieter\*innen zusätzlich schwächen würden. In der Herbstsession haben die eidgenössischen Räte zwei Vorstösse angenommen, die den Kündigungsschutz der Mieter\*innen weiter aufweichen.

Zwar kam innerhalb von nur sieben Wochen das vom Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz initiierte Doppel-Referendum gegen die beiden Vorlagen zu Stande. Doch bevor die Stimmbevölkerung darüber abstimmen kann, hat das Parlament bereits nachgelegt: In der Wintersession ha-

ben es National- und Ständerat abgelehnt, transparente Vormieten einzuführen und die Mieter\*innen somit besser vor missbräuchlichen Mieterhöhungen zu schützen. Dies unter anderem mit der fadenscheinigen Begründung, dass eine eidgenössische Regelung dem Föderalismus widerspreche.

**Darum: Kantonale Miet-Initiative**

Leider war das kantonale Parlament 2023 auch nicht mieter\*innenfreundlicher unterwegs. Sämtliche Vorstösse im Grossen Rat, welche die Situation für Mieter\*innen verbessern wollten, hat die bürgerliche Ratsmehrheit abgelehnt.

Da auf dem parlamentarischen Weg also aktuell nichts zu machen ist, hat eine breite Allianz unter der Leitung des Mieterinnen- und Mieterverbands Kanton Bern die Miet-Initiative ergriffen. Diese fordert das, was auf Bundesebene mit Verweis auf den Föderalismus abgelehnt wurde: die Einführung von transparenten Vormieten im Kanton Bern. Nach einer erfolgreichen Sammelpphase konnte die Miet-Initiative im Oktober mit 17'396 Unterschriften eingereicht werden. Bei den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen sieht es ganz danach aus, als ob die Rechte der Mieter\*innen höchstens an den Abstimmungsurnen verbessert werden – und nicht im Parlament.



## SOLAR-INITIATIVE: GEGENVORSCHLAG DER BAK

## DIE RICHTUNG STIMMT, ABER ES REICHT NOCH NICHT

**Vor gut zwei Jahren konnten wir dank grossem Engagement unserer Mitglieder die kantonale Solar-Initiative mit 18'696 Unterschriften einreichen. In der Zwischenzeit ist einiges geschehen. Der Regierungsrat hat im Frühsommer 2023 einen Gegenvorschlag präsentiert und die zuständige Kommission des Grossen Rates hat Ende 2023 mit einem eigenen Gegenvorschlag nachgebessert. Allerdings fehlen auch in diesem Entwurf wesentliche Aspekte für einen raschen Ausbau der Solarenergie.**



David Müller,  
Vize-Präsident  
GRÜNE Kanton Bern

Das Potenzial der Solarenergie im Kanton Bern ist allein unter Berücksichtigung der gut geeigneten Flächen auf den bereits bestehenden Gebäuden grösser als der heutige Strombedarf im ganzen Kanton. Mit der kantonalen Solar-Initiative fordern die GRÜNEN zusammen mit verschiedenen Allianzpartner\*innen eine Pflicht zur Nutzung dieser gut geeigneten Gebäudeflächen bis spätestens 2040.

**Es fehlt die Frist**

Der vom Regierungsrat vorgelegte Gegenvorschlag ist allzu schlank formuliert und sehr zögerlich. Dass die kantonale Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) angestossen durch unsere Initiative Handlungsbedarf erkannt hat und einen eigenen Gegenvorschlag entwickelt hat, ist deshalb zu begrüssen. Insbesondere ist sehr erfreulich, dass sie die Gelegenheit nutzt und auch gleich

eine Solarpflicht für grosse Parkplätze einführen will.

Grösstes Manko am Entwurf der BaK ist allerdings, dass keine Frist vorgesehen ist, bis wann die gut geeigneten Gebäudeflächen mit Anlagen zur Solarenergienutzung ausgestattet werden müssen. Ohne eine konkrete Frist droht der Kanton Bern seinen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaziele und der Ausbauziele gemäss Mantelerlass nicht rechtzeitig leisten zu können. Weiter hat es die Kommission bisher verpasst, eine konkrete Pflicht für Fassaden vorzusehen. Dies obwohl, gerade Fassaden einen wichtigen Beitrag zur Winterstromproduktion liefern könnten.

Die Solar-Initiative und deren Gegenvorschlag werden im Grossen Rat in der kommenden Frühlingssession ein erstes Mal behandelt. Die GRÜNEN setzen sich weiterhin dafür ein, dass in den genannten Punkten nachgebessert wird.

## NEUE ARBEITSGRUPPE «STADT-LAND»

## GESTÄRKT IN DIE GEMEINDEWAHLEN!

**In vielen Gemeinden des Kantons Bern finden in diesem Jahr Wahlen statt. Damit die GRÜNEN ihre starke Präsenz ausbauen können, brauchen sie kluge und sichtbare Kampagnen. Die Arbeitsgruppe «Stadt-Land» bietet Unterstützung an.**

Von Aarwangen bis Zollikofen wird in diesem Jahr gewählt. 18 grüne Gemeinderatssitze plus zwei Gemeindepräsidenten gilt es zu bestätigen – und neue dazuzugewinnen. Dies ist auch in polarisierten Krisenzeiten möglich, wenn es gut angepackt wird.

**Klug geplant ist halb gewonnen**

Wahlkampagnen geben viel Arbeit, aber sie sind auch eine grosse Chance. Rund um Wahlen steigt die Aufmerksamkeit für Politik. Die GRÜNEN können mit Bürger\*innen über Erwartungen, Lösungen und Ziele diskutieren und sie im besten Fall gleich fürs Mitmachen begeistern. Damit dies gelingt, müssen Wahlkampagnen sorgfältig vorbereitet werden. Ein Wahlteam sollte frühzeitig die wichtigsten Schritte planen: Wer kommt auf die Liste, mit welchen Botschaften und Aktivitäten können wir die Bevölkerung abholen, was ist unsere Erfolgsbilanz, wie finanzieren wir die Kampagne und wer hilft mit. Damit auch neue Ideen Platz finden, lohnt es sich,

einen Start-Workshop durchzuführen und dazu neben den Mitgliedern auch nahestehende Personen und zugewandte Fachleute einzuladen.

**Positive Kommunikation**

Die nationalen Wahlen haben gezeigt, dass die GRÜNEN gegen viele Klischees zu kämpfen haben. Immer wieder werden sie als Verbotsparterie, als Spassverderber\*innen und intolerante Städter\*innen gebrandmarkt. Werden solche Vorurteile nicht gekontert, setzen sie sich als «Image» fest. Der beste Konter ist unsere Erfolgsbilanz. Seit 40 Jahren engagieren wir GRÜNEN uns für konkrete Lösungen. Wir haben den sozialen Klimaschutz und das nachhaltige Wirtschaften auf die politische Agenda gebracht. Wir haben im Kanton Bern eine Solaroffensive gestartet, die Arbeitsbedingungen in KITAS verbessert und den Biolandbau gefördert. Und das immer in breiten politischen Allianzen.

Die Arbeitsgruppe «Stadt-Land» der GRÜNEN Kanton Bern, die seit

letztem Jahr aktiv ist, unterstützt die Sektionen bei der Entwicklung von positiven Kampagnen. Sie will insbesondere die GRÜNEN Vertretungen in ländlichen Regionen stärken und die Brückenfunktion der Partei zwischen Stadt und Land betonen. Dazu bietet sie Beratungen, Workshops und Austauschmöglichkeiten für Sektionen an. Wer Unterstützung braucht, kann sich gerne bei uns melden!



Regula Rytz,  
Co-Präsidentin  
Arbeitsgruppe  
«Stadt-Land» der  
GRÜNEN Kanton  
Bern



## EINE ART BILANZ

## 12 JAHRE GEMEINDERÄTIN IN UETENDORF

**Zwölf Jahre durfte ich als Gemeinderätin in Uetendorf dem Ressort Hochbau und Planung vorstehen und in der Exekutive mitgestalten; während zwei von drei Legislaturen mit der absoluten Mehrheit der SVP. Trotz dieser Ausgangslage konnte ich etwas bewegen.**



Hauptverkehrsachse durch Uetendorf, die auf Initiative der GRÜNEN neugestaltet werden soll.

In dieser Zeit erhielt Uetendorf das Label Energiestadt. Das Engagement der GRÜNEN war dafür zwingend nötig. Auf meine Initiative hin wurde eine ambitionöse Verkehrsplanung mit einer Neugestaltung der Hauptverkehrsachse aufgegleist. Sie hat gute Chancen, umgesetzt zu werden. Grössere Planungen von Bauprojekten werden heute von einem professionellen Fachausschuss begleitet und gewinnen dank diesem Knowhow an Qualität. Attraktives Bauland wurde nicht verkauft, sondern wird als Möglichkeit für Quartierentwicklung gesehen.

Nun geht mein Gemeinderatsmandat als Folge der Amtszeitbeschränkung zu Ende. Leider konnte unter den GRÜNEN keine Nachfolge gefunden werden. Das bedauern wir sehr.



Anna-Katharina Zenger,  
ehem. Gemeinderätin  
Uetendorf

**Gemeinsames finden statt****Trennendes suchen**

Denn es ist wichtig, dass wir GRÜNE uns frühzeitig zu Themen einbringen, Stellung beziehen, Basisarbeit leisten, uns lokal engagieren, der Natur, den Menschen, dem Miteinander eine Stimme geben. Und nach Möglichkeiten der Umsetzung suchen. Überzeugungskraft und Respekt für die anders Denkenden, Kompromissbereitschaft und Verhandlungsgeschick – und unermüdliches Schaffen machen Erfolge möglich.

DEMOKRATIE STATT KAPITALISMUS

## WIESO EIN DEMOVERBOT UNDEMOKRATISCH IST



Gioia Benninger,  
Vorstandsmitglied  
Junge Grüne  
Kanton Bern,  
Studentin Jura

**Der Gemeinderat der Stadt Bern hat vom 17. November bis 24. Dezember 2023 einen Bewilligungsstopp für Grosskundgebungen und Umzüge in der Innenstadt beschlossen. Dies kommt faktisch einem Demoverbot gleich. Obwohl sich auch der Stadtrat stark gegen dieses Demoverbot eingesetzt hat, blieb es bis zum Schluss bestehen.**

Wir von den Jungen Grünen finden ein solches Demoverbot sehr befremdlich. Denn wenn wir nicht mehr frei unsere Meinung äussern können, wird unsere Demokratie stark gefährdet. Kapitalistische Interessen, wie ein Weihnachtsmarkt oder das Champions-League-Fussballspiel von YB gegen Roter Stern Belgrad, dürfen keinen Vorrang vor einer Demonstration haben. Dies sind extrem gesuchte Gründe, um ein Demonstrationsverbot zu erwirken, und dies in einer Zeit, in der gerade so viele Dinge geschehen, die uns bewegen. Demonstrieren ist in unseren Grundrechten verankert, nämlich in der Meinungsfreiheit nach Artikel 16 der Bundesverfassung. Darin steht, dass man seine Meinung frei bilden und sich frei äussern können muss.

Damit dies auch ungehindert geschehen kann, müssen Demonstrationen erlaubt sein. Zudem sieht die Versammlungsfreiheit nach Artikel 22 Bundesverfassung vor, dass sich Menschen frei versammeln können, damit man sich mit Gleichgesinnten treffen kann und seine Meinung öffentlich kundtun kann. Leider war dies in Bern nicht mehr möglich. Natürlich gibt es Situationen, in denen Koordination im öffentlichen Raum nötig ist: So kann beispielsweise am Samstagvormittag während des Samstagmarkts keine Demonstration auf dem Bundesplatz stattfinden. Eine solche generelle Einschränkung der Grundrechte, wie sie in der Weihnachtzeit 2023 geschehen ist, ist aus unserer Sicht aber völlig unverhältnismässig.

Wir Jungen Grünen fordern daher, dass die Geschehnisse dieses Winters mit dem Demoverbot juristisch aufgearbeitet werden. Denn selbst renommierte Staatsrechtler wie Prof. Dr. Markus Müller halten dieses Demoverbot für nicht zulässig. Es darf kein weiteres solches Demoverbot geben, sonst ist unsere Demokratie ernsthaft in Gefahr. Es dürfen keine Demonstrationen aufgrund von kapitalistischen Interessen untersagt werden. Ansonsten wird die Wirtschaft stärker gewichtet als die Demokratie, und dies wird sicherlich nicht gut kommen.



## WERDE UNSER\*E ERSTE\*R SEKRETÄR\*IN



Milo Schefer,  
Co-Präsident  
Junge Grüne  
Kanton Bern

Unsere Sektion ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Dies spiegelt sich nicht nur in Wahlerfolgen in zahlreichen Gemeinden und im Kanton wider, sondern hat auch immer mehr administrative Arbeiten im Hintergrund zur Folge. Um dem Vorstand die Möglichkeit zu geben, sich stärker auf anstehende Kampagnen zu konzentrieren und weniger Zeit mit Buchhaltung und E-Mails zu verbringen, haben wir beschlossen, erstmals eine Sekretariatsstelle mit einem Pensum von 3 Stunden pro Woche für administrative Ar-

beiten zu schaffen. Herzlichen Dank an dieser Stelle allen Spender\*innen und 100er-Club-Mitgliedern, die diese Stärkung unserer Partei ermöglichen!

Du hast ein Flair für Zahlen? Du hörst nicht auf, den Mailempfang zu aktualisieren? Du isst Excel-Tabellen zum Frühstück? Und das Wichtigste: Du identifizierst dich mit den Werten der Jungen Grünen? Dann haben wir eine Stelle für dich! Die Stellenausschreibung findest du auf [jungegruene.ch/be](http://jungegruene.ch/be). Weitersagen erwünscht!

## LA NEUVEVILLE

## BILAN D'UNE PREMIÈRE LÉGISLATURE VERTE

**Créé en 2020, la section des VERT-E-S La Neuveville revient sur ses 4 premières années. L'occasion d'également évoquer l'avenir à l'approche des élections communales de cet automne.**

Depuis janvier 2021, les VERT-E-S La Neuveville comptent 8 élu-e-s au Conseil général et un élu à l'exécutif pour leur première législature. Un succès important, remaniant les cartes d'une politique de village qui s'était quelque peu assoupie. Pour la commune au bord du lac de Biemme et ses presque 4'000 habitant-e-s, une voix politique se manifeste pour la protection de la nature, une meilleure justice sociale et la lutte contre le réchauffement climatique.

**Concrètement !**

La grande question fût de trouver quelles sont les mesures efficaces qu'une commune comme la nôtre peut mettre en place. En s'inspirant d'autres localités, nous avons déposé un grand nombre de motions et de postulats dont la plupart, malgré de nombreuses oppositions des partis de droite, ont été acceptées. Parmi celles-ci, citons notamment: établissement d'un Plan Vélo et installation d'un parking à vélo; création d'une Stratégie climatique basée sur les recommandations cantonales et de la Confédération; encouragement des installations photovoltaïques; mise en pratique de la Charte des Jardins; modération du trafic; lutte contre la pollution des eaux; remplacement obligatoire des arbres abattus; création d'un inventaire des zones de verdure.

Si nous sommes fiers et fières du succès de notre travail, il reste difficile d'installer un rythme plus rapide tant les



ressources à disposition au sein de la municipalité pour les domaines de l'écologie sont limitées et par la réticence de certains partis à avancer sur ces questions.

**Et maintenant ?**

2024 sera pour La Neuveville une année d'élections. Afin de mener au mieux notre travail, il nous faut atteindre au moins le statu quo actuel en termes de sièges. Nous tenterons cependant cette année d'obtenir un siège de plus à l'exécutif, ce qui serait un succès inestimable et permettrait d'empoigner avec plus d'efficacité les projets qui nous sont chers.



Aurèle Louis,  
Conseiller municipal,  
La Neuveville

## VERPASSTE CHANCE

## NEUE KINDERGÄRTEN FÜR LANGENTHAL

**Die Kindergärten in Langenthal sind zurzeit auf neun Standorte verteilt. Die Gebäude sind baufällig, teilweise wird in zugemieteten Räumen unterrichtet. Ein neues Konzept hätte eine Reduktion auf sechs Standorte vorgesehen, von denen drei bei jetzigen Schulzentren gelegen hätten. Leider scheiterte das Projekt an der Urne.**

Das Zusammenlegen der Kindergärten auf neu sechs Standorte hätte mehrere Vorteile. So könnten zum Beispiel Turnhallen, Bibliotheken und Musikräume gemeinsam mit den Schulen genutzt werden. Das würde zu einer höheren Unterrichtsqualität und zu einer besseren Auslastung von Räumlichkeiten und Material führen. Für Speziallehrpersonen, die sowohl an den Kindergärten wie in den Schulen tätig sind, würden die Arbeitsbedingungen verbessert, da sie alle Kinder am selben Ort betreuen könnten. Zudem hätte die Nähe der Kindergärten zu den Schulen eine flexible Einschulung begünstigt. Insgesamt wäre Raum für acht Kindergartenklassen und eine Tagesschule geschaffen worden.

**Schulwege und Kindertransporte**

Da einzelne Quartierkindergärten geschlossen werden müssten, würden die Schulwege für die Kinder tendenziell etwas länger, allerdings nur für wenige Kinder unzumutbar lang. Hier wären situative Lösungen notwendig. Gleichzei-

tig würden durch den Zusammenschluss interne Transporte wegfallen. Gegenwärtig müssen Kinder, welche die Tagesschule besuchen, über Mittag hin und am Nachmittag wieder zurückgebracht werden. Die neuen Zentren hätten alle über ein Tagesschulangebot verfügt, so dass solche Transporte nicht mehr nötig wären. Auch zum Besuch von Deutsch als Zweitsprache-Stunden müssen manche Kinder von ihren Eltern von einem Kindergarten zu einem Schulzentrum gebracht werden. Eine Zentralisierung führt also nicht nur zu teils längeren Schulwegen, sondern verschiedene interne Transporte würden gleich ganz wegfallen.

Leider wurde das Projekt im Dezember an der Urne verworfen, obwohl die Teilprojekte im Stadtrat breite Zustimmung gefunden hatten. Die GRÜNEN Langenthal sind vom Abstimmungsresultat sehr enttäuscht. Wir sind vom Projekt überzeugt und setzen uns weiterhin für eine zukunftsfähige Lösung ein. Wie diese genau aussehen wird, ist zurzeit noch offen.



Agnes Imhof,  
Stadträtin Langenthal

## DENKMALSCHUTZ &amp; FINANZEN

# HERAUSFORDERUNGEN BEI STÄDTISCHEN SCHULHAUSSANIERUNGEN



Lukas Gutzwiller,  
Stadtrat GFL Bern,  
Fiko-Präsident 2023

**Zum Jahresabschluss hat die Finanzkommission der Stadt Bern in Begleitung des Denkmalpflegers Jean-Daniel Gross und des Stadtbaumeisters Thomas Pfluger eine Führung durch die Schulanlage Steigerhubel gemacht. Die Idee der Führung war es, den möglichen Zielkonflikt zwischen Finanzierbarkeit des nötigen Schulraums und den Anliegen des Denkmalschutzes zu diskutieren.**

Die Schulanlage bestehend aus mehreren Pavillons für je vier Klassen und einer Dreifachturnhalle wurde um 1952–1953 durch das bekannte Architekt\*innenpaar Gret und Hans Reinhard gebaut. Heute steht sie unter Denkmalschutz. Gemäss den Idealen des neuzeitlichen Schulhausbaus von damals sollte diese neue Schule nicht ein furchteinflössender Grossbau sein, sondern aus einladenden Pavillons eingegliedert in eine grosszügige Grünanlage bestehen, die heute der Quartierbevölkerung als Naherholungsgebiet dient. Mit der Gesamtsanierung und Erweiterung der bestehenden Anlage kann die Volksschule Steigerhubel an den steigenden Schulraumbedarf, die heutigen pädagogischen Bedürfnisse und die gesetzlichen Anforderungen angepasst werden. Die Diskussion mit den beiden Experten hat ergeben, dass der zusätzliche Flächenbedarf und die neuen ökologischen Vorgaben die wichtigsten Kostentreiber für dieses auf rund 60 Millionen Franken geschätzte Projekt sind. Der Erhalt dieser ausserordentlichen Grünanlage mit Schulbauten ist zwar

relativ teuer, aber durch den Nutzen für die Quartierbevölkerung, den Denkmalschutz und die Einsparung von grauer Energie sehr gut gerechtfertigt und steht somit nicht im Widerspruch zum verdichteten Bauen.



## KLIMAGERECHTIGKEIT JETZT!

## GRÜNES BÜNDNIS LANCIERT INITIATIVE FÜR KONSEQUENTE KLIMAPOLITIK



Franziska Geiser,  
Stadträtin GB Bern

**Eine Klimagerechtigkeitsinitiative im links-grünen Bern – braucht's das? Unbedingt! Zwar definiert das städtische Klimareglement Absenk-Pfade, die bis 2045 zu «Netto-Null» führen sollen, aber die Klimamassnahmen, die bisher ergriffen wurden, führen weit an diesen Pfaden vorbei.**

Warum es kaum vorwärts geht? In Bern herrscht seit einigen Jahren eine absurde Sparpolitik. Zahlreiche Klima-Projekte wurden mit der gleichen Begründung sistiert: kein Geld.

### Geld beschaffen

Aus diesem Grund lancieren wir im Frühling 2024 eine Initiative, die festlegt, «Netto Null» bis 2035, spätestens bis 2040 zu erreichen. Die Initiative verlangt, dass die Stadt Bern einen Klimafonds einrichtet und jährlich mindestens 20 Millionen Franken in Klimamassnahmen investiert: in energetische Gebäudesanierungen, in die Förderung von Fuss- und Veloverkehr, in die Gestaltung autofreier Quartiere, in die Installation von Photovoltaikanlagen oder in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Klimaschutz muss von den Hauptverursacher\*innen der Klimaerhitzung bezahlt werden; bei ihnen liegt die Verant-

wortung und sie haben das Geld. Deshalb legt die Initiative fest, dass der Stadt neben dem ordentlichen Budget weitere Finanzierungsmassnahmen offenstehen sollen: So kann sie zum Beispiel die Steuern für Unternehmen erhöhen, eine Stromabgabe einführen, Gewinne des Elektrizitätswerks Bern für Klimamassnahmen einsetzen oder neue, einkommensabhängige Gebühren erheben.

Auf dass Bern die Absenkpfade nicht nur definiert, sondern auch beschreitet!



## TRANSPARENZ BEI DER POLITIKFINANZIERUNG

## WES BROT ICH ESS, DES LIED ICH SING

In der Wintersession 2021 hat der Grosse Rat – gegen den Widerstand von SVP und FDP – den Regierungsrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für die Offenlegung der Politikfinanzierung zu schaffen. Wir GRÜNE begrüßen die kantonale Transparenzpflicht bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen. Der nun endlich vorliegende Gesetzesentwurf muss aber noch nachgeschärft werden, damit die Transparenzpflicht im Kanton Bern nicht zu einem zahnlösen Papiertiger verkommt.



Die Transparenzpflicht bei der Politikfinanzierung ist uns GRÜNEN seit jeher ein grosses Anliegen und wir gehen schon lange mit gutem Beispiel voran. Die GRÜNEN Kanton Bern veröffentlichen die Jahresrechnungen und Budgets auf ihrer Website und haben bereits 2019 ethische Richtlinien und Transparenzregeln für Parteispenden eingeführt.

### Demokratie braucht Transparenz

Nach der Einführung der Transparenzpflicht auf nationaler Ebene ist es höchste Zeit, dass der Kanton Bern nachzieht und eine einheitliche Regelung für kantonalen Abstimmungs- und Wahlkampagnen schafft.

Für das Funktionieren einer Demokratie ist es zentral, dass die Stimmbürger\*innen wissen, welche

Personen oder Interessengruppen mit finanziellen Zuwendungen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Beispielsweise, wenn die Auto-lobby die persönliche Wahlkampagne von Strassenturbos mit zehntausenden Franken mitfinanziert, wie das dieses Jahr im Kanton Bern publik geworden ist. Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung ermöglichen einen umfassenderen politischen Meinungsbildungsprozess und stärken dadurch das Vertrauen in die Politik.



Esther Meier, ehem. Geschäftsführerin GRÜNE Kanton Bern

### Kontrollen & Sanktionen fehlen

Leider sieht der Regierungsrat in seinem Gesetzesentwurf keine systematischen Kontrollen und strafrechtlichen Sanktionen bei Verstössen gegen die Offenlegungspflicht vor. Die GRÜNEN Kanton Bern werden sich deshalb mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Regelung im parlamentarischen Prozess nachgeschärft und auch die Annahme von anonymen Spenden verboten wird. Ansonsten droht die Transparenzpflicht im Kanton Bern zu einer reinen Farce zu verkommen.

## AGENDA

**16.02.2024: Fondue auf dem Schlossgutplatz, GRÜNE Münsingen,** weitere Informationen auf [www.gruene-muensingen.ch](http://www.gruene-muensingen.ch)

**19.02.2024: GRÜNE Mittelland-Nord-Stammtisch,** ab 18.00 Uhr in Bremgarten. Regionaler Austausch zu Gemeindewahlen. Weitere Informationen auf [www.gruene-mittelland-nord.ch](http://www.gruene-mittelland-nord.ch)

**03.03.2024: Abstimmungssonntag,** weitere Infos und Parolen: [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch)

**21.03.2024: Treffen für Neumitglieder und Interessierte der GRÜNEN Kanton Bern,** 18.30-19.30 Uhr, Restaurant Musigbistrot, Bern. Anmeldung und weitere Informationen auf [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch)

**22.03.2024: Podium zur Bildung von Kindern in Asylzentren, GB Bern,** 19.00-21.00 Uhr, Stube im PROGR, Speichergasse 4, 3011 Bern.

**27.03.2024: Mitgliederversammlung GFL Stadt Bern,** 19.00-21.00 Uhr, weitere Informationen auf [www.gfl-bern.ch](http://www.gfl-bern.ch)

**30.03.2024: Osterschatzsuche GRÜNE Münsingen,** Schlossallee, weitere Informationen auf [www.gruene-muensingen.ch](http://www.gruene-muensingen.ch)

## AHV-INITIATIVEN

# FÜR EINEN RICHTUNGSWECHSEL STATT RENTENKÜRZUNG



Regula Bühlmann,  
ehem. Stadträtin  
GB Bern

**Am 3. März stimmen wir über zwei AHV-Initiativen ab. Zur Auswahl stehen ein Abbau und ein Ausbau: Während ein bürgerliches Initiativkomitee die AHV-Leistungen schrittweise kürzen will, würde die Initiative für eine 13. AHV-Rente den dringend nötigen Richtungswechsel in der Altersvorsorge bedeuten. Sie wäre ein wichtiger Schritt in eine Zukunft, in der die AHV endlich der Verfassung entspricht und die Existenz sichern kann.**

Als im Herbst 2022 die Abbauvorlage AHV 21 gegen den Willen einer Frauenmehrheit angenommen wurde, versprachen die Bürgerlichen dafür Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Rentnerinnen. Stattdessen legt ein bürgerliches Komitee nun einen weiteren Abbau der AHV-Leistungen vor: Bis 2032 soll das Rentenalter schrittweise auf 66 Jahre angehoben, anschliessend an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Dies ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die schon jetzt bis zur Erschöpfung arbeiten, um anschliessend nur mit Ergänzungsleistungen über die Runden zu kommen.

vität gestiegen. Zweitens beeinflusst der soziale Status die Lebenserwartung massgeblich: Diejenigen in prekären Jobs und mit tiefem Einkommen tragen also am wenigsten zum Anstieg der Lebenserwartung bei, sind jedoch am meisten von einer gesetzlichen Rentenaltererhöhung betroffen. Denn anders als gut Verdienende mit gefüllter Pensionskasse und Vermögen – die wohl im Initiativkomitee übervertreten sind – können sie sich eine Pensionierung vor dem ordentlichen Rentenalter kaum leisten. Für sie bedeutet die «Renteninitiative» nichts anderes als eine Rentenkürzung.

**+** **×**

**IMMER  
LÄNGER  
ARBEITEN?** **NEIN ZUR  
RENTENINITIATIVE  
AM 3. MÄRZ**

### Faktische Rentenkürzung

Die Befürworter\*innen des Leistungsabbaus machen Stimmung mit der angeblich schlechten finanziellen Situation der AHV – ja sogar vom drohenden AHV-Bankrott ist auf der Initiativ-Website zu lesen. Dabei blenden sie zwei Dinge aus: Erstens ist die AHV solide aufgestellt und erwartet für die nächsten Jahre jährlich 3 Milliarden Franken Überschuss. Denn relevant ist nicht die (sinkende) Anzahl Erwerbstätiger pro Rentner\*in, sondern einzig die Lohnsumme und diese ist aufgrund der steigenden Produkti-

### Für ein besseres Leben im Alter

Das Problem der AHV ist nicht die mangelhafte Finanzierung, sondern dass sie einen zentralen Verfassungsgrundsatz nicht einhält: Wer ein Leben lang gearbeitet hat (und dazu zählt seit der zehnten AHV-Revision auch die unbezahlte Familienarbeit), sollte sich mit der AHV im Pensionsalter die Existenz sichern können. Dies ist bis heute nicht der Fall: Wer keine zweite und dritte Säule hat, kommt ohne Ergänzungsleistungen nicht über die Runden. Dem wirkt die Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» entgegen: Analog zum 13. Monatslohn sollen Rentner\*innen eine 13. AHV-Rente erhalten. Nach jahrelangen bürgerlichen Katastrophenszenarien könnte die Initiative einen Richtungswechsel hin zu mehr Rentengleichstellung und weniger Altersarmut bewirken. Und nicht zuletzt wäre sie eine Verbesserung für die Frauen, deren Rentenalter 2022 angehoben wurde.

**13. AHV-Rente**  
am 3. März **JA**

## PAROLEN

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmung vom 3. März 2024 (siehe [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch) für mehr Informationen):

### National

- Volksinitiative vom 28. Mai 2021 «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» – JA
- Volksinitiative vom 16. Juli 2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» – NEIN

### Kantonal

- Änderung der Kantonsverfassung (Einführung dringliche Gesetzgebung) – JA